

Sozialforum Nürnberg

Es ist das Anliegen des Sozialforums, Menschen und Gruppen bzw. Organisationen, die von der neoliberalen Politik betroffen sind, miteinander in Kontakt zu bringen. Damit verbinden wir unterschiedliche Traditionen und politische Ansätze zu einem gemeinsamen Protest gegen diese Politik. Weiter wollen wir Alternativen dazu aufzeigen.

Das Sozialforum Nürnberg ist Teil der internationalen Sozialforumsbewegung, die entstanden ist mit dem Weltsozialforum 2001 in Porto Alegre in Brasilien.

Das Sozialforum Nürnberg trifft sich jeden zweiten Montag eines Monats um 20 Uhr im Kleinen Saal des Nachbarschaftshauses Gostenhof, Adam-Klein-Str. 6, 90429 Nürnberg.

- Barrierefreier Zugang über den Hof -

Kontakt:

Elisabeth Ramthun,
Stadtteilzentrum Desi,
Brückenstr. 23, 90419 Nürnberg;

Postbank München
Konto: 973983805
BLZ 700 100 80
IBAN: DE26 7001 0080 0973 9838 05
BIC: PBNKDEFFXXX

Sozialforum-Nuernberg@web.de
sozialforum-nuernberg.de

Vi.S.d.P.: Elisabeth Ramthun, Desi, Brückenstr. 23, Nbg.

Diskussionsveranstaltung zur sozialen Revolution in Rojava

„Handelt es sich hier um ein emanzipatorisches Projekt, das einer breiten Mehrheit der Bevölkerung Möglichkeiten der Mit- bzw. Selbstbestimmung eröffnet?“

„Wie ist das politische Konzept von Rojava einzuordnen im Vergleich zur Bewegung des ‚Arabischen Frühlings‘ bzw. der ‚Gezi-Park Besetzer_innen‘?“

„Eröffnet dieses Projekt neue politische (Denk-) Räume, die auch für uns interessant sein könnten?“



Die Veranstaltung wird unterstützt von:

Attac Nürnberg, Bündnis für Frieden in Kurdistan, Feministische Perspektiven, Interventionistische Linke Nürnberg, Organisierte Autonomie Nürnberg

Weitere UnterstützerInnen unter www.sozialforum-nuernberg.de

Die Veranstaltung wird durchgeführt in Kooperation mit Kurt Eisner Verein für politische Bildung in Bayern e.V., Kooperationspartner der Rosa-Luxemburg-Stiftung, www.kurt-eisner-verein.de und www.rosalux.de

Ein Kampf für eine andere Gesellschaft

Die soziale Revolution in Kobanê/Rojava

Referent: Ulf Petersen

Mitbegründer der Kampagne „Tatort Kurdistan“

Freitag, 11. März 2016, 19:30 Uhr

Nachbarschaftshaus Gostenhof,

Adam-Klein-Str. 6, Nürnberg

Großer Saal

Eine Veranstaltung des Sozialforums Nürnberg in
Zusammenarbeit mit dem Kurt Eisner Verein

Kampf für Selbstbestimmung

Kobanê liegt in den kurdischen Siedlungsgebieten in Syrien (kurdische Bezeichnung: Rojava). International bekannt wurde Kobanê durch den Abwehrkampf der Volksverteidigungseinheiten gegen den Islamischen Staat. Kobanê steht jedoch auch für den Kampf für eine neue Gesellschaft. Seit 2012 wird in Rojava eine demokratische Selbstverwaltung in Form einer Räte Demokratie aufgebaut. Initiiert hat diesen Prozess die kurdische Partei PYD, die eng mit der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) zusammenarbeitet.

Recht auf die eigene Sprache und Kultur

Angestrebt wird ein autonomes, multiethnisches Staatsgebiet innerhalb eines demokratischen, säkularen Staates Syrien. In der Vergangenheit wurden in Syrien die kurdische Kultur und Sprache unterdrückt. Auch wurden ab den 70er Jahren Kurd_innen in andere Regionen zwangsumgesiedelt. Linke Parteien, insbesondere die PPK, organisierten den Widerstand. Diese langjährige Basisarbeit revolutionärer Gruppierungen wird als eine der Erklärungen für die soziale Revolution in Rojava angesehen.

Überwindung patriarchaler Strukturen

In den kurdischen Siedlungsgebieten sind traditionelle patriarchale Strukturen prägend. Präsent ist jedoch auch der Kampf gegen die patriarchale Unterdrückung. Die Frauenbewegung in Rojava ist heute autonom organisiert. Parallel hierzu arbeiten Frauen auch in gemeinsamen Gremien mit, in denen Frauen und Männer jeweils zu mindestens 40% vertreten sind. Eine wesentliche Rolle zur Durchsetzung nichtpatriarchaler Strukturen spielen die Frauenselbstverteidigungseinheiten. Gewalt gegen Frauen ist heute noch nicht völlig überwunden, wird jedoch gesellschaftlich sanktioniert.

Demokratische Selbstverwaltung

An der Basis erfolgt die Organisation über Räte, z.B. auf der Ebene von Kommunen (kleinste Einheit), Stadtteilen und Städten. Räte entstehen auf freiwilliger Basis, also nur, wenn es genügend engagierte Menschen gibt. Parallel hierzu besteht ein System einer parlamentarischen Demokratie, d.h. Parteien bzw. Einzelpersonen kandidieren für die entsprechenden Gremien.

Zur Lösung von Konflikten gilt grundsätzlich ein Konsensmodell. Z.B. ist das Ziel von Gerichtsverfahren nicht das Einsperren des/der Schuldigen, sondern die Resozialisierung. Demokratische Strukturen sind auch grundlegend für die Organisation der Polizei, besser gesagt, der „Selbstverteidigungskräfte der Gesellschaft“ (Asayis). Diese haben eine demokratische Kommandostruktur, Oberkommandierende werden gewählt. Die Mitglieder des Asayis gehen meist noch einer anderen Arbeit nach – eine Möglichkeit zu verhindern, dass sich die Polizei von den Bürger_innen entfernt.

Beschränkung des Privateigentums

Ehemals staatliche Ländereien wurden an arme Familien verteilt, privater Großgrundbesitz wurde jedoch nicht angetastet. Bei Versorgungsengpässen werden Preise reglementiert. Hauseigentümer können über die Höhe der Miete nicht allein entscheiden, auch zur Festlegung der Lohnhöhe gibt es kollektive Entscheidungsmechanismen. Solidarische Wirtschaftsformen wie Kooperativen werden gefördert. Das Endziel – Abschaffung des Privateigentums – soll erst dann angegangen werden, wenn sich durch die Erfahrung des Arbeitens unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen die Einstellungen der Menschen soweit verändert haben, dass sie dies wirklich wollen.

Der Gesellschaftsvertrag für Rojava, Januar 2014

Auszug aus der Präambel:

„Gegen die Ungleichbehandlung der Religionen, Sprachen, des Glaubens und der Geschlechter; für den Aufbau der Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie in einer gerechten und ökologischen Gesellschaft; für das Erlangen eines pluralistischen, eigenständigen und gemeinsamen Lebens mit allen Teilen einer demokratischen Gesellschaft und ihrem politisch-moralischen Selbstverständnis; für den Respekt vor den Frauenrechten und die Verwurzelung von Kinderrechten; für die Selbstverteidigung. [...]“

Einige zentrale Bestimmungen:

„Artikel 9: Die Amtssprachen im Kanton Cizîrê sind Kurdisch, Arabisch und Aramäisch. Zudem verfügen alle anderen Gruppen auch über das Recht, ihre eigene Muttersprache zu verwenden und in ihren Sprachen Schulbildung zu genießen.“

„Artikel 27: Frauen verfügen über alle politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen Rechte und das Recht auf Leben. Diese Rechte sind zu schützen.“

„Artikel 37: JedeR hat das Recht auf politisches Asyl. KeineR, die/der Asyl beantragt, darf gegen ihren/seinen Willen abgeschoben werden.“

„Artikel 40: In den demokratisch-autonomen Verwaltungen gehört jeglicher Grundbesitz und Boden der Bevölkerung. Nutzung und Aufteilung werden durch Gesetze geregelt.“

„Artikel 41: Das Recht auf Eigentum und Privateigentum wird geschützt. Niemand darf der Gebrauch des eigenen Eigentums verweigert werden. Niemand darf enteignet werden. Sollte das für das öffentliche Interesse doch notwendig sein, muss der Besitzer oder die Besitzerin entschädigt werden.“

Quelle: <http://tatortkurdistan.blogspot.de/2014/03/01/gesellschaftsvertrag-fuer-rojava/>